

Handlungsfähigkeit dank solider Stadtfinanzen

Für Investitionen in Schulen und Kitas, bezahlbares Wohnen, den ÖPNV-Ausbau, für den Klimaschutz und den sozialen Zusammenhalt hat unsere Stadt in den vergangenen Jahren immense Anstrengungen unternommen, personell wie finanziell. In einer wachsenden Stadt und angesichts der Herausforderungen durch Digitalisierung, geopolitische Veränderungen und Klimawandel dafür Sorge zu tragen, dass wir auch in Zukunft in einer so lebenswerten Stadt leben, die soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftlichem Erfolg und ökologischer Verantwortung kombinieren kann, ist gerade angesichts der geringen Spielräume kommunaler Haushalte schwierig. Wir können nicht wie Bund oder Freistaat Sondervermögen aufbauen oder Kredite aufnehmen, sondern unterliegen aus guten Gründen den Vorgaben der Genehmigungsfähigkeit durch den Freistaat. Angesichts der dringenden Investitionsbedarfe haben wir dafür in den vergangenen Jahren auch Schulden aufgebaut. Gleichzeitig aber wurden Prozesse angestoßen, um die kommunale Handlungsfähigkeit zu erhalten und Spielräume für die Zukunft zu sichern. Es wurden Standards gesenkt, Zuweisungen durch den Freistaat angemahnt, Prozesse vereinfacht – und dennoch bleibt die Situation schwierig. Auch bundesweit sind die kommunalen Haushalte so sehr unter Druck wie nie zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Daher wird die Münchner SPD mit aller Kraft weiterhin für ein gerechteres Finanzierungssystem der Städte eintreten und alle eigenen Möglichkeiten in der Stadt nutzen, um langfristige Handlungsfähigkeit zu erhalten, ein bezahlbares Leben in München und Investitionen in eine lebenswerte Zukunft miteinander zu kombinieren.

Unser Stadthaushalt orientiert sich an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDG). Seit dem Haushaltsplan 2024 machen wir transparent, wie die Produkte und Maßnahmen der Stadt helfen, diese Ziele zu erreichen. Kennzahlen mit Gleichstellungsbezug bauen wir kontinuierlich aus.

Dabei schützen wir **ein bezahlbares Leben für alle Münchnerinnen und Münchner**. Wir erhöhen nicht einfach Steuern oder Abgaben in schwierigen Zeiten, wenn die Geldbeutel ohnehin enger werden. Stattdessen belasten wir diejenigen, die mehr tragen können oder von Entwicklungen profitieren, die nicht gerecht sind. So haben wir die Steuern für Zweitwohnungen erhöht und den Einsatz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum ausgebaut. Wir fordern weiterhin eine ÖPNV-Abgabe durch Arbeitgeber, um die Investitionen in den U-Bahn-Bau voranzutreiben. Und wir setzen uns für eine Übernachtungssteuer durch Touristen ein, die angesichts von zunehmendem Städtetourismus, Großveranstaltungen wie den Olympischen Spielen und dem Erhalt und Ausbau der Infrastruktur helfen soll, dass die so entstehenden Mehrbelastungen nicht den Münchnerinnen und Münchnern allein auflasten. Wir brauchen als Kommune mehr Möglichkeiten, um selbst Steuern zu erheben - Geld, das die zahlen, die es sich gut leisten können, damit wir die Angebote, die für alle wichtig sind, hochwertig erhalten können, etwa im Sozialen oder der Bildung.

Deshalb brauchen wir auch Änderungen in der Steuergesetzgebung von Land und Bund. Um diese zu erreichen, arbeiten wir stärker mit anderen Kommunen zusammen. Die Erhöhung der Erbschafts- und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer wird dabei als haushaltspolitische Notwendigkeit wahrgenommen und so auch kommuniziert. Dafür setzen wir uns auf allen politischen Ebenen ein.

Unsere zentralen Ziele für die kommenden Jahre

- In Zeiten der kommunalen Haushaltskrise setzen wir klare Prioritäten bei den Investitionen. Der Erhalt der **Daseinsvorsorge** sowie Investitionsprogramme in den

Bereichen **Bildung, sozialer Zusammenhalt, Wohnen, Klimaschutz und nachhaltige Infrastruktur haben oberste Priorität**

- Kommunalen Handlungsspielraum ist auch eine Frage der Gerechtigkeit: Wir erhöhen die Einnahmen der Stadt, um Investitionen zu ermöglichen, von denen alle Münchnerinnen und Münchner profitieren. Deshalb setzen wir uns weiterhin entschlossen für die Einführung einer **Übernachtungssteuer für Touristinnen und Touristen** ein und fordern die **Einführung einer ÖPNV-Abgabe durch Arbeitgeber**
- Die Münchener SPD kämpft gegen **Hebesatz-Dumping** und **Gewerbesteuer-Oasen** im Umland und damit für einen fairen Wettbewerb in der regionalen Wirtschaft. Wir unterstützen die Erhöhung des Mindesthebesatzes auf bundesweit 280 Punkte ebenso wie Initiativen gegen kommunale Steuervermeidung, sowohl durch bessere Gesetze als auch durch zielgerichtete Kontrollen. Unternehmen, die in München Steuern zahlen, wollen wir künftig bei der Vergabe städtischer Aufträge bevorzugen
- Wir setzen uns auf Bundesebene für eine bessere finanzielle Unterstützung der Kommunen ein und fordern mehr kommunalen Handlungsspielraum beim Haushalt.